

empfiehlt bestens:  
as. bei  
n-Cement  
land „  
kgyps  
und Säden  
billigt  
Alrends.

Malta-  
ffeln,  
feinstes  
Heringe  
billigt  
Alrends.

naturen  
n, Näh-,  
d Messer-  
chinen  
s und solid

Blänzel,  
Apotheke.

rannten

efalf

M. Michus.

henden

Ia ck,  
d glänzend,  
h ausgewogen,  
hlt

räutergewölbe.  
Kreuz.  
mauna.

ter

kerei - Tafel-  
täglich frisch  
netto 9 Pfd.  
Gutsbutter,  
o geg. Nachn.  
ipheim a. D.  
n.

derwagen faust  
direkt von d. Ju-  
hernebenstechen-  
seinst. Prinzen-  
gut. Ganz ex-  
pert in dermogen.  
Julius Treit-  
in Grimma 66.

Heringe

ergasse.

Leiden  
Gatte,

er,

aldigen

a und

en.

Mai,

treuz

ll.

# Lichtenstein-Galliburger Tageblatt

früher  
Wochen- und Nachrichtenblatt  
zgleich

Geschäfts-Anzeiger für Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Kusdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau u. Nützen.  
Amtsblatt für den Stadtrat zu Lichtenstein.

Nr. 118.

Vertragszeitung  
Nr. 7.

53. Jahrgang.  
Sonntag, den 24. Mai

Telegrammadresse:  
Tageblatt. 1903.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtag) abends für den folgenden Tag. Viertjährlicher Bezugspreis 1 M. 25 Pf., durch die Post bezogen 1 M. 50 Pf. — Einzelne Nummer 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Markt 6, alle Poststellen, Postanstalten, Postboten, sowie die Aussträger entgegen. — In rechte werden die aufgespaltene Korpuszeile oder deren Raum mit 10 Pfennigen berechnet. — Annahme der Inserate täglich bis spätestens vormittag 10 Uhr. — Im "Amtlichen Teil" wird die zweipolige Seite oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Für auswärtige Interessen kostet die aufgespaltene Seite 15 Pfennige. —

## Bekanntmachung.

Mit Genehmigung des Stadtgemeinderates wird hierdurch das Mitbringen von Hunden in Verkaufsläden und öffentliche Schanklokale untersagt. Zu widerhandelnde werden mit Geldstrafen bis zu 50 Mark ev. entsprechender Haft belegt.

Gallinberg, am 20. Mai 1903.

Der Bürgermeister.  
Prachtel.

## Die Weiterführung der Sozialpolitik.

Deutschland, das Vaterland der mit der hochherzigen Wotschaft Kaiser Wilhelms I. vom November 1881 eingeleiteten modernen Sozialpolitik, ist noch immer das unerreichte Vorbild auf diesem Gebiete. Wohl sind inzwischen eine Reihe anderer europäischer Staaten in die sozialpolitischen Fußstapfen des deutschen Reiches getreten, aber ihre sozialreformatorischen Leistungen reichen noch lange nicht an diejenigen des deutschen Vorbildes heran, und wir Deutschen dürfen darum gewiß stolz auf unsere hervorragende Ausnahmestellung auf dem Felde der mehr oder weniger umfassenden staatlichen Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen und Hilfslosen sein. Trotzdem darf selbst das sich schon so imposant präsentierende Gebäude unserer sozialpolitischen Gesetzgebung noch seines weiteren Ausbaues, und noch mancher Stein wird demselben hinzugefügt werden müssen, ehe es als wirklich vollendet erklärt werden kann. Was insbesondere die eigentliche Versicherungsgesetzgebung anbelangt, so ist zwar in den letzten Jahren durch die verschiedenen Novellen zur Unfallversicherung und zur Invaliditäts- und Altersversicherung, sowie durch die vom bisherigen Reichstage noch im Moment seines Auseinanderganges angenommene Novelle zum Krankenfassengesetz immerhin Anerkennenswertes zur Vervollkommenung der bestehenden Reichsversicherungsgesetze geschaffen worden. Aber es sind in dieser speziellen Beziehung nach wie vor weitere Probleme zu lösen, was nicht zum wenigsten gerade von der weiteren Gestaltung der Krankenversicherung gilt, welche Frage zweifellos auch den nächsten Reichstag wieder zu beschäftigen haben wird. Vielleicht erfolgt mit der Vollendung der Reform der Krankenversicherung zugleich die Verwirklichung des Planes einer einheitlichen Gestaltung der gesamten Versicherungsgesetzgebung des Reiches durch Verschmelzung der Krankenversicherung mit der Invaliditäts- und Altersversicherung und Mit-einbeziehung der Unfallversicherung, wie dies die Reichsregierung ja auch ernstlich erwägt.

Eine bedeutsame Ergänzung der Reichsversicherungsgesetze würde die Fürsorge für die hinterbliebenen Sein, wozu bekanntlich in der letzten Reichstagsession ein gewisser Anfang durch Annahme des Antrages Trimborn zum neuen Zolltarif gemacht worden ist: Laut dem genannten Antrag sollen bestimmte Mehrerträge aus einigen Lebensmittelzölle des künftigen Zolltarifs zu einem Fonds angefangen werden, auf welcher Grundlage unter gewissen Voraussetzungen die staatliche Hilfsaktion zu Gunsten der Arbeiter, Witwen und Waisen vom 1. Januar 1910 ab einzusehen haben würde. Indessen kratzt diese vorgeschlagene Regelung der Fürsorge für die hinterbliebenen der Versicherungspflichtigen unverhältnismäßig an mancherlei Mängeln, so daß diese sozialpolitische Reform schließlich wohl eine andere Gestaltung erhalten wird. Ein ferneres zu lösendes Versicherungsproblem stellt die Arbeitslosenversicherung dar, das schon wiederholt während der Reichstagsrathandlungen der letzten Jahre aufgetauchte und welches Projekt sich bei der Regierung wie bei der deutschen Volksvertretung offenbar steigender Begünstigung erfreut. Was die Frage der Fortführung der den Arbeiterschutz betreffenden gesetzgeberischen Maßnahmen anbelangt, so wird hierbei das Augenmerk der maßgebenden Faktoren auf die weitere Verstärkung der Kinderarbeit, sowie auf die zulässige Verkürzung der Arbeitszeit für Frauen und für erwachsene Arbeiter gerichtet sein müssen.

Im sonstigen würden in den Rahmen; der weiterauszubauenden staatlichen Sozialreform etwa noch gehören, die in der Tat immer brennender werdende Angelegenheit einer gründlichen und zeitgemäßen Revision des Koalitionsrechtes und die Schaffung eines einheitlichen Reichsvereinsgesetzes, die Wohnungsgesetzgebung von reichsweiten und gewisse steuerpolitische Maßregeln des Reiches behufs Entlastung der unteren Klassen.

Sicherlich lassen sich all' die genannten Maßnahmen zur konsequenten Durchführung der Sozialpolitik des deutschen Reiches nicht von heute auf morgen verwirklichen; vielmehr würden hierzu längere Jahre einster und mühevoller Arbeit gehören. Aber da sie weiten Kreisen des deutschen Volkes nur zum Segen gereichen würden, so wird jede gewissenhafte Regierung und jede gewissenhafte parlamentarische Vertretung der Nation das ihrige dazu beizutragen haben, daß diese fernere sozialpolitische Reform allmählich doch zur praktischen Ausführung gelangt.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

\* Wien in Dresden. Eine bemerkenswerte Rede hat der Wiener Bürgermeister Dr. Lueger in Dresden bei dem Feiern anlässlich der Eröffnung der Städte-Ausstellung gehalten. Er führt aus:

Er dankt für die ihm gewordene ehrende Einladung herzlich. Hätte Dresden den Mut gehabt, die Stadt Wien einzuladen, so würde er auch den Mut gehabt haben, Wien sich an der Ausstellung beteiligen zu lassen, denn nach seiner Überzeugung sei Wien eine deutsche Stadt. Deshalb gehörte auch er mit hierher. Die Deutschen sollten nicht vergessen, daß sie in Kraft und Treue für die Entwicklung der Städte aller Welt stets voran gewesen wären, und so würde es auch immer bleiben. Man sollte von ihm keinen Toast auf den Dresdener Oberbürgermeister, seinen Toast auf die andern Bürgermeister erwarten, die in ungezählter Menge hier bejammern wären, er rufe nur: Die deutschen Brüder sollen in den deutschen Städten sich immer glücklich fühlen und glücklich sein!

Die Rede hat einen gewaltigen Eindruck bei den Festteilnehmern hervorgerufen. Am Schluss erhoben sich alle Anwesenden unaufgefordert und sangen stehend „Deutschland, Deutschland über alles“. Dann brachten sie auf den Redner tosende Heilrufe aus. Gesprächsweise äußerte noch Lueger, daß er sich in Dresden unter Deutschen als Deutscher fühle und seien auch Österreich und Deutschland politisch getrennt, sie blieben doch ein Herz und eine Seele.

\* Eine Episode im Landtage von Anhalt. Die „Bernburgische Zeit.“ berichtet über ein nettes Zwiesprach im Anhalter Landtage: Abg. Dr. Cohn (Freisinn): ... In der Tat müßte man, wenn man sich auf den Boden des Prinzips stellt, viel weiter in der Progression gehen; denn jemand, der eine Million hat, kann nach meiner Ansicht ganz ruhig 500 000 M. für die Allgemeinheit abgeben, dann behält er immer noch genug, um üppig zu leben, wie es einem solchen Manne zusteht. (Ruf des Abg. Peus: Bravo!) — Abg. Peus (Sozialdemokrat): ... Nun, meine Herren, habe ich mich aber insbesondere über die ungemeine Entwicklung des Herrn Abg. Dr. Cohn gefreut. Er hat schon jetzt Forderungen aufgestellt, die man gewöhnlich nur in sozialdemokratischen Versammlungen hört.

## Bersteigerung.

Am 25. Mai 1903, vormittags 10 Uhr sollen im „Ratskeller“ hier geäußerte Gegenstände, nämlich: 1 Nähmaschine, 1 Waschtisch und ein Spültrab gegen Vorzahlung an den Meistbietenden zur Versteigerung gebracht werden.

Gallinberg, am 22. Mai 1903.

Der Vollstreckungsbeamte.  
Loß.

Denn, wenn man von einer Million schon 500 000 M. hergeben soll, so lasse ich mir das gefallen. (Heiterkeit.) Dann werden ihm unsere Parteigenossen zu jubeln: „Der Junge ist gut!“ (Andauernde Heiterkeit.) — Abg. Dr. Cohn: ... Wenn Herr Peus meint, daß ich sozialdemokratische Anschaunungen vertrete, so liegt das daran, daß, wenn wir beide die gleichen Anschaunungen vertreten, er sich zu liberalen Anschaunungen durchgerungen hat. Ich hoffe, daß ich ihm einst die Mitgliedskarte zum liberalen Verein ausstellen darf. — Abg. Peus (zu einer persönlichen Bemerkung): Meine Herren! Wie der Herr Abg. Dr. Cohn sich nennt, ob Liberaler oder Sozialdemokrat, das ist mir egal; wenn er nur tut, was ich will. (Heiterkeit.)

\* Die Unruhen in Kroatien haben einen solchen Umsfang angenommen, daß trotz aller amtlichen Beruhigungsversuche nicht länger an einer offenen Rebellion der Bevölkerung zu zweifeln ist. Die Wut der Kroaten richtet sich gegen Ungarn, den Erbfeind. Das kam am Mittwoch, dem Todesstage des früheren Statthalters Jellachich, zum Ausdruck. Dieser Nationalheld des kroatischen Volkes hatte im Jahre 1848 siegreich gegen die austrikerischen Ungarn gekämpft, Grund genug für seine Landsleute, den Todestag zu lärmenden Kundgebungen zu benutzen. Zahlreiche Studenten zogen in Agram von der Kirche zum Denkmal Jellachichs, besprangen es und zogen dann weiter durch die Straßen, wobei sie Lieder sangen und slavische Rufe ausbrachten. Eine Volksmenge, die sich den Studenten anschlossen hatte, bewarf die Polizei mit Steinen, drei Personen wurden verwundet. Am Abend kam es zu wiederholten Ausschreitungen auf dem Denkmalsplatz. Als die Polizei eine Illumination des Denkmals verhinderte, wurde sie von der Menge angegriffen. Die Polizei mußte von der blanken Waffe Gebrauch machen und mit Unterstützung der Gendarmerie gelang es ihr schließlich, die Menge vom Platz zu vertreiben; es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Insgesamt sind nach brieflichen Meldungen aus Agram bisher über 2000 Personen in Kroatien interniert. Die Gerichte haben Weisung erhalten, neue Arrestlokalitäten zu errichten. In Josla, Gornica, Selce und Kraga sind neuerliche Ausschreitungen vorgekommen. Die dortigen Gemeindevertretungen wurden aufgelöst. Infolge dieser Vorgänge sah der ungarische Landesverteidigungsminister sogar veranlaßt, die Behörden zu benachrichtigen, daß die Aushebungen für das Heer vom 1. Juli bis 29. August verschoben werden müssten.

### Österreich.

Wien. Das bulgarische Kabinett teilt dem hiesigen auswärtigen Amt mit, daß es den Sultan bereits Vorschläge zur Bewältigung der mazedonischen Bewegung gemacht habe. Fürst Ferdinand von Bulgarien werde in nächster Zeit nach Konstantinopel reisen, um den Sultan einen Besuch abzustatten. — Hier treffen Depeschen über Gewalttaten der Albaner ein.

### Belgien.

\* Brüssel. Die belgische Liga der Menschenrechte ersucht die französische Liga, Schritte zu unternehmen, damit diese bei der ihr befreundeten russischen Regierung wegen der Greuel in Kaschau vorstellig werde.

\* Brüssel. Bisher äußert sich die Presse sehr wenig über den Beschluß der englischen Regierung mit anderen Mächten wegen der Kongostaatangelegenheit in Verbindung zu treten. Man glaubt, Deutschland und Frankreich werden sich nicht bereit finden lassen, England in seinen Schritten zu unterstützen.